

Christian Breuer und Matthias Müller

Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die staatlichen Schulden im Euroraum zwischen Anfang 2008 und dem dritten Quartal 2009 von 66,0% des BIP auf 77,6% gestiegen. Eine Verletzung der Maastricht-Kriterien, die eine Verschuldungsquote von 60% erfordern, ist somit auf lange Sicht in vielen Ländern vorprogrammiert. Das Niveau der Staatsverschuldung ist in Griechenland, Italien und Belgien besonders hoch. Allerdings sind auch viele westeuropäische Länder von rasant steigender Neuverschuldung betroffen. Neben Griechenland weisen vor allem Irland und Großbritannien, aber auch die Niederlande und Lettland eine besonders hohe staatliche Neuverschuldung aus.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in den Jahren 2008 und 2009 die staatlichen Budgetdefizite in vielen Ländern Europas anschwellen lassen. Infolge der staatlichen Rettungsmaßnahmen im Bankensektor sind neben den automatischen Budgetwirkungen zudem weitere Belastungen auf viele Staaten Europas zugekommen, die den Schuldenstand erhöht haben.

Im Rahmen dieser zunehmenden Staatsverschuldung geraten einige kleinere und stark verschuldete Länder Europas zunehmend in Bedrängnis. Der drohende Staatsbankrott Griechenlands stellt dabei die Währungsunion vor eine bis dato ungewohnte Herausforderung.

Auch für andere Länder, insbesondere an der südlichen Peripherie Europas, stellen die steigenden Schuldenlasten eine stetig wachsende Sorge dar. So werden häufig Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien (PIIGS) als von Schuldenproblemen betroffene Länder bezeichnet.

Fraglich ist, wie sich die aktuelle Situation Griechenlands im Vergleich zu anderen Staaten Europas darstellt. Dabei können die von Eurostat veröffentlichten Entwicklungen der Schuldenstände der einzelnen Länder bis zum dritten Quartal 2009 verglichen werden.¹ Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass die hier ausgewiesene Bruttoverschuldung

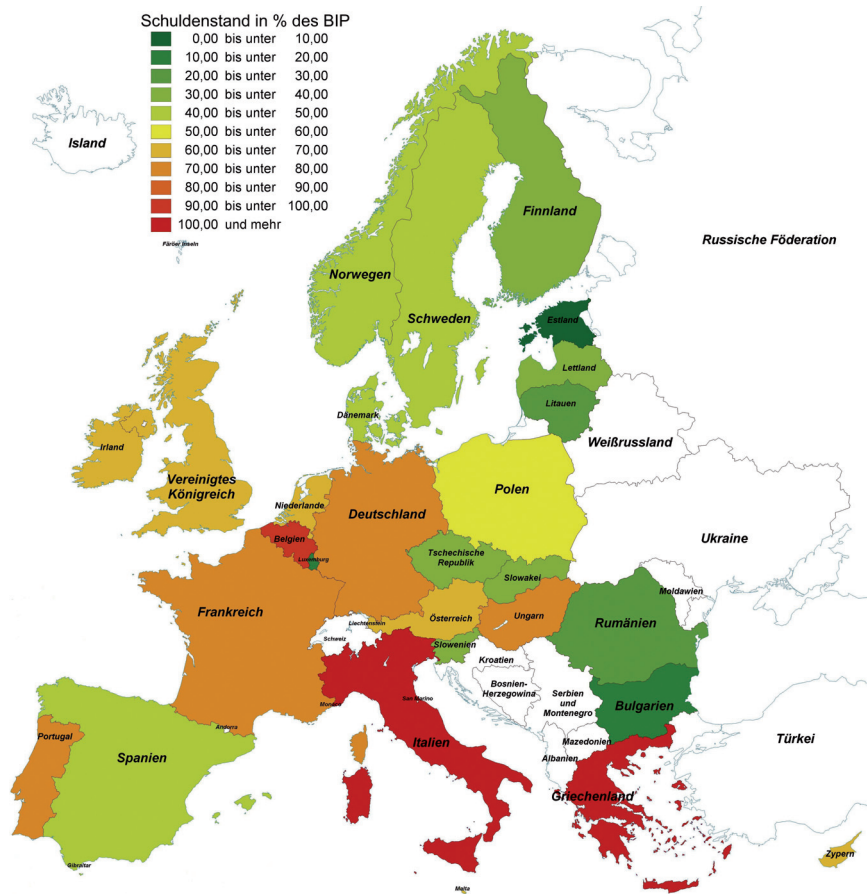
ökonomisch schwer vergleichbar ist, da etwa Aktiva des Staates und die implizite Verschuldung aus Pensionsverpflichtungen unberücksichtigt bleiben (vgl. Sachverständigenrat 2007).

So stiegen die staatlichen Schuldenstände seit dem ersten Quartal 2008 in nahezu allen Staaten Europas an. Der staatliche Schuldenstand betrug in der gesamten Europäischen Union (27 Länder) Ende des dritten Quartals 2009 bereits 71,6% des Bruttoinlandsprodukts. Im Eurowährungsgebiet (16 Länder) betrug die Verschuldungsquote sogar 77,6%.

Zu Beginn des Jahres 2008 lag die Verschuldungsquote in der Europäischen Union noch bei 58,8% (27 Länder) bzw. bei 66,0% im Euroraum (16 Länder).

Die Maastricht-Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes fordern jedoch einen staatlichen Schuldenstand von maximal 60% des BIP. Nachdem in der Vergangenheit dieses Kriterium nur von einigen Ländern – darunter Deutschland – überschritten wurde, wird nun das Einhalten dieses Kriteriums zunehmend zur Ausnahme. Aktuell liegen nur ein-

Abb. 1
Schuldenstandsquoten in Europa im dritten Quartal 2009



¹ Allerdings wird gerade in Bezug auf Griechenland die Aussagekraft bzw. Vergleichbarkeit der Meldung des gesamtstaatlichen Schuldenstandes angezweifelt.

zelne kleinere Staaten – vor allem in Nord- und Osteuropa – unterhalb der Grenze von 60%.

Abbildung 1 stellt die Schuldenstände in 28 europäischen Staaten geographisch dar. Es zeigt sich, dass neben Italien und Griechenland auch Belgien einen besonders hohen Schuldenstand aufweist. Allerdings haben auch die großen europäischen Kernstaaten – wie Deutschland und Frankreich – sowie Ungarn und Portugal eine Schuldenquote über 70% des BIP erreicht. Günstiger erscheint die Lage in Nordeuropa und auch den meisten Staaten Osteuropas, wo derzeit noch Schuldenstandsquoten von 40% verzeichnet werden.

Die Entwicklung der staatlichen Schulden in Europa zeigt, dass nicht nur die so genannten PIIGS-Staaten von der zunehmenden staatlichen Verschuldung betroffen sind. Nahezu alle Länder Europas haben sich seit Anfang 2008 zunehmend verschuldet (vgl. Abb. 2 bis 6).

Abbildung 2 zeigt, dass gerade die ehemals kaum verschuldeten Staaten Westeuropas wie Irland, Spanien und das Vereinigte Königreich besonders von der rasant ansteigenden Staatsverschuldung betroffen sind. Diese Länder waren verstärkt von Banken- und Immobilienkrisen betroffen, weshalb insbesondere hier die Bankenrettungsprogramme neben dem staatlichen Budgetdefizit über steigende Nettoneuverschuldung finanziert wurden.

Insbesondere in Irland hat sich die Schuldenquote in nur sieben Quartalen um 37% des Bruttoinlandsprodukts erhöht. Nunmehr ist Spanien das einzige Land Westeuropas (in unserer Abgrenzung), welches noch ein Verschuldungsniveau unterhalb der 60%-Grenze aufweist. Aufgrund der Immobilienkrise und der hohen Arbeitslosenquote gilt Spanien jedoch ebenfalls als instabil.

Auch die mitteleuropäischen Staaten sind von der ansteigenden Staatsverschuldung betroffen, wenn auch nicht so stark wie die westeuropäischen Länder (vgl. Abb. 3). Allerdings werden etwa im Fall Deutschlands besonders hohe Budgetdefizite erst für die Jahre 2010 und 2011 erwartet (vgl. Carstensen et al. 2009).

Günstiger erscheint die Situation in den nordeuropäischen Ländern zu sein. Hier liegen die staatlichen Schuldenstände weiterhin bei lediglich etwa 40% des BIP (vgl. Abb. 4).

Auch die Staaten Osteuropas sind noch vergleichsweise gering verschuldet (vgl. Abb. 5). Allerdings ist die Situation auch an der östlichen Peripherie Europas ebenfalls keineswegs stabil. In Ungarn, das Anfang des Jahres 2009 in Folge eines heftigen Anstiegs der Staatsverschuldung als besonders gefährdet galt, hat sich die Situation am aktuellen Rand leicht verbessert. Auch in den

Abb. 2
Schuldenstandsquoten in Westeuropa

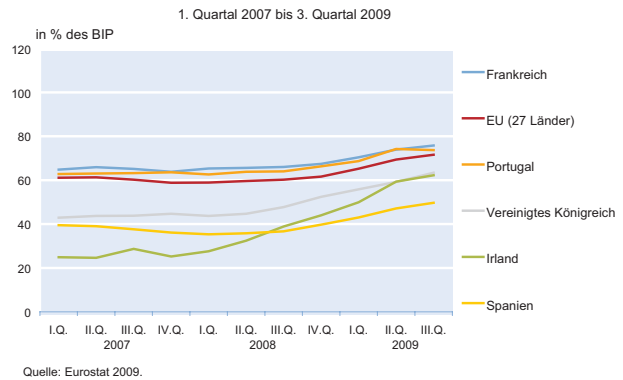


Abb. 3
Schuldenstandsquoten in Mitteleuropa

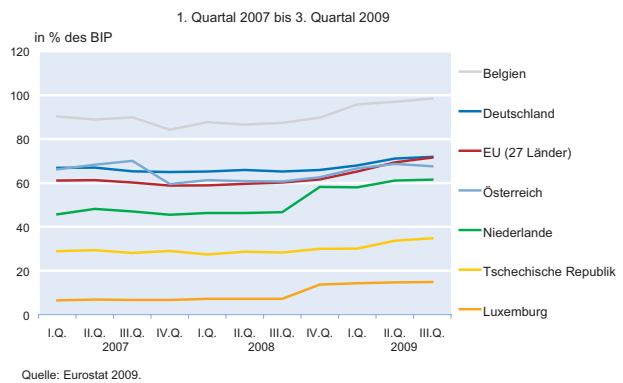
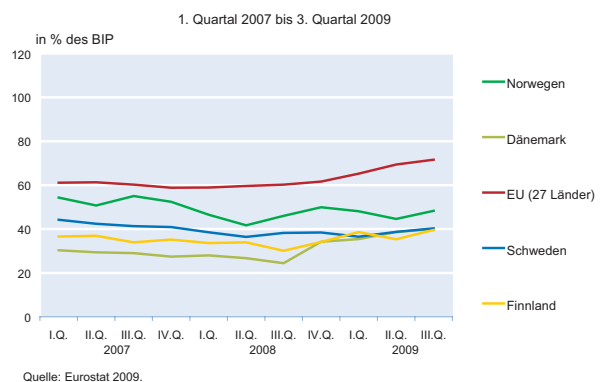


Abb. 4
Schuldenstandsquoten in Nordeuropa



Ländern des Baltikums – in Litauen und vor allem Lettland – ergibt sich ein rasanter Anstieg der Staatsverschuldung, wenn auch noch auf verhältnismäßig niedrigem Niveau.

Besonders hoch verschuldet sind die Länder Südeuropas (vgl. Abb. 6). Gerade Griechenland und Italien haben bereits im Jahr 2007 Schuldenquoten von etwa 100% des

Abb. 5
Schuldenstandsquoten in Osteuropa

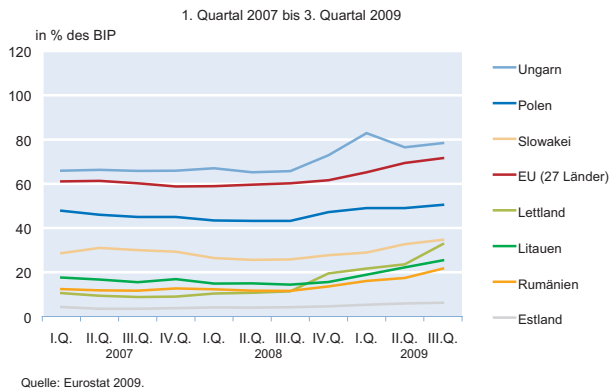
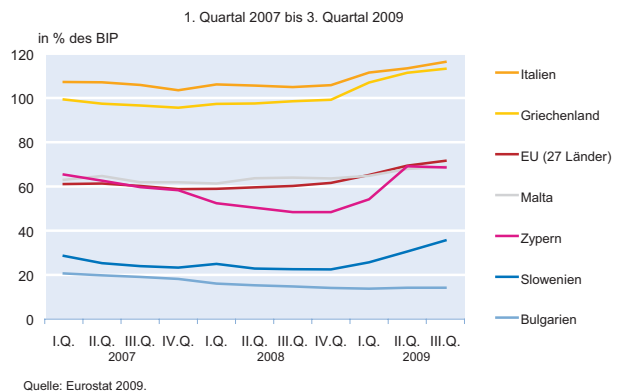


Abb. 6
Schuldenstandsquoten in Südeuropa



BIP ausgewiesen. Die hinzukommenden krisenbedingten Defizite bringen diese Länder nun in eine Zwangslage.

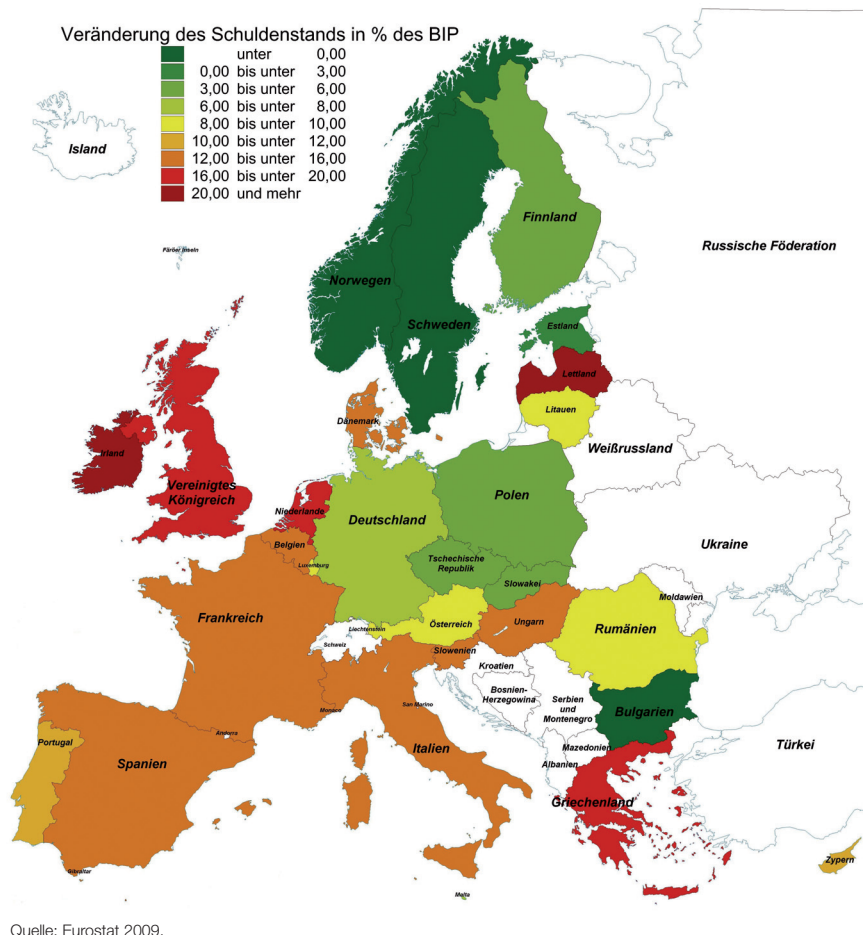
Dennoch sind diese Länder nicht die einzigen Schuldensünder in Europa. Auch andere Länder in West- und Mitteleuropa nähern sich der 100%-Quote (Belgien) oder zeichnen sich durch zunehmend hohe Neuverschuldungsquoten aus (Großbritannien und Irland), die erwarten lassen, dass eine staatliche Schuldenquote von 100% kein mediterranes Problem bleiben wird.

Die Länder Großbritannien, Irland, Niederlande und Lettland sind am stärksten von der Neuverschuldung seit Anfang 2008 betroffen (vgl. Abb. 7). Aber auch in anderen europäischen Ländern, wie in Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Ungarn und Dänemark, sind die staatlichen Schuldenquoten seit Beginn des Jahres 2008 um mehr als 12% des BIP gestiegen.

Fraglich ist, wie lange diese Entwicklung in Europa fortgesetzt werden kann und wann ein Rückzug aus den steigenden Staatsdefiziten erfolgen wird. Die zunehmende Sorge vor staatlichen Verschuldungsproblemen setzt in vielen Ländern Europas zunehmend Konsolidierungsprozesse in Bewegung. Aus konjunktureller Sicht ist dies mit Vorsicht zu betrachten, da diese staatliche Kontraktion eine bremsende Wirkung auf die europäische Wirtschaft entfalten dürfte.

Dies würde vor allem dann der Fall sein, wenn viele Staaten parallel – etwa aufgrund von Verschuldungsproblemen – in einen Konsolidierungskurs einschwenken und insofern eine simultane Kontraktion erfolgen würde. Mittelfristig ist jedoch eine Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten unumgänglich – auch wenn dieser Weg, wie das Beispiel Griechenlands zeigt, sehr unangenehm ist.

Abb. 7
Veränderung der Schuldenstandsquoten (viertes Quartal 2007 bis drittes Quartal 2009)



Literatur

Carstensen et al. (2009), »ifo Konjunkturprognose 2010: Deutsche Wirtschaft ohne Dynamik«, *ifo Schnelldienst* 62(24), 17–64.
Eurostat (2009), »Datenbank Wirtschaft und Finanzen«, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database, Download am 18. Februar 2010.
Sachverständigenrat (2007), »Staatsverschuldung wirksam begrenzen«, Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, März 2007.